

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/469 —

Kraftfahrzeugemissionen

A. Problem

Um den von Kraftfahrzeugabgasen ausgehenden erheblichen Gefahren von Gesundheit und Umwelt zu begegnen, soll die Bundesregierung aufgefordert werden, unverzüglich ein Gesamtkonzept zur drastischen Absenkung der Kraftfahrzeugemissionen vorzulegen, das u. a. folgende Elemente berücksichtigt:

- die Abgasgrenzwerte für Neuwagen mit Otto-Motoren sollen ab 1. Januar 1986 so abgesenkt werden, daß eine Reduzierung der Abgasschadstoffe von ca. 90 v. H. erreicht wird,
- es soll sichergestellt werden, daß rechtzeitig unverbleites Benzin in Normal- und Superqualität auf dem deutschen Markt angeboten wird, damit alle nach dem 31. Dezember 1985 zugelassenen Neuwagen mit Otto-Motoren unverbleites Benzin als Treibstoff verwenden,
- es soll sichergestellt werden, daß die ordnungsrechtlich vorgeschriebenen Abgasgrenzwerte eingehalten und kontrolliert sowie geeignete Meßverfahren entwickelt werden und
- die Verwendung von unverbleitem Benzin soll mineralölsteuerlich begünstigt werden.

Ferner soll die Bundesregierung aufgefordert werden sicherzustellen, daß die Verpflichtung zur Vorhaltung unverbleiten Benzins nicht zu Wettbewerbsverzerrungen auf dem Tankstellenmarkt führt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß**C. Alternativen**

Die Oppositionsfraktionen bestehen auf Annahme des Antrages.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 10/469 — abzulehnen.

Bonn, den 5. Dezember 1984

Der Innenausschuß

Dr. Wernitz	Schmidbauer	Duve
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Schmidbauer und Duve

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde in der 31. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Oktober 1983 beraten und an den Innenausschuß federführend sowie an den Finanzausschuß, den Haushaltsausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft und den Ausschuß für Verkehr zur Mitberatung überwiesen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 23. November 1983 den Nummern 1 und 2 des Antrages mehrheitlich zugestimmt. Lediglich die Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN haben diese beiden Nummern im Haushaltsausschuß abgelehnt. Zu Nummer 3 haben sich die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP im Haushaltsausschuß gegen den Antrag ausgesprochen.

Der Ausschuß für Verkehr hat am 24. November 1983 eine Gesamtstellungnahme zu dem Antrag sowie zu weiteren, die Problematik des Waldsterbens betreffenden Anträgen der Fraktion der SPD — Drucksache 10/35 —, der Koalitionsfraktionen — Drucksache 10/383 — und dem Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen „Waldschäden und Luftverunreinigungen“ — Drucksache 10/113 — abgegeben. Die darin enthaltenen Empfehlungen waren bereits Gegenstand der Beratungen im Antrag der Koalitionsfraktionen in Drucksache 10/383 und sind zumeist in die vom Deutschen Bundestag am 9. Februar 1984 verabschiedete Entschließung zu diesem Antrag eingeflossen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Stellungnahme vom 30. November 1983 mehrheitlich vorgeschlagen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Innenausschuß hat den Antrag in seinen Sitzungen am 24. November 1983 sowie in seiner Sitzung am 19. September 1984 beraten und — vorbehaltlich der Stellungnahme des Finanzausschusses, die zu diesem Zeitpunkt noch ausstanden hatte —

mit Mehrheit seitens der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschlossen, den Antrag abzulehnen. Der Finanzausschuß hat — nachdem er seit dem 11. November 1983 mehrfach zur Abgabe seiner Stellungnahme aufgefordert worden war — in seiner Sitzung am 5. Dezember 1984 auf eine mitberatende Stellungnahme verzichtet und mitgeteilt, daß er die in dieser und den Vorlagen in Drucksachen 10/536, 10/2059 und 10/2065 angesprochene Problematik im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens — Drucksache 10/2523 — würdigen werde, so daß auf einen Wiedereintritt in die Beratungen verzichtet werden konnte.

Im Rahmen der abschließenden Beratungen am 19. September 1984 war zu dem Antrag seitens der Fraktion der SPD ergänzend hervorgehoben worden, daß das mit der Vorlage verfolgte Anliegen nach wie vor aktuell sei. Überholt sei allerdings die Absicht der Bundesregierung, ab 1. Januar 1986 die Vorgabe unter I. 1. des Antrages zu realisieren. Da die Positionen der einzelnen Fraktionen in dieser Frage klar seien, sei eine Detailerörterung der einzelnen Nummern nicht mehr notwendig.

Zur Ablehnung des Antrages war seitens der Koalitionsfraktionen dargelegt worden, daß dieser durch die bisher gefaßten Beschlüsse zu diesem Fragenbereich überholt sei. Namentlich seien die Nummern 2, 3 und 4 unter I. in keiner Weise umstritten. Insoweit sei auf den Kabinettsbeschluß vom 4. Juli 1984 zur Einführung des umweltfreundlichen Autos zu verweisen. Streitig sei nur die Terminvorgabe unter I. 1. Zu dieser Frage würden in der Sitzung des Bundeskabinetts vom gleichen Tage Beschlüsse gefaßt, so daß der Antrag durch die Beschlüsse des Bundeskabinetts gegenstandslos geworden sei und aus diesem Grunde von den Koalitionsfraktionen abgelehnt werde.

Bonn, den 5. Dezember 1984

Schmidbauer Duve
Berichterstatler

